Protokoll-Nr. 31/2019 Viernheim, den 24.05.2019

P R O T O K O L L

Zu der auf **D o n n e r s t a g** , den **23.05.2019,** um 19:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung** des **Haupt- und Finanzausschusses (Wirtschaftsförderung)** waren erschienen:

VOM HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSS (WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG):

CDU:	Ergler, Volker	Stv.	
	Gutperle, Jürgen	Ehrenstv.	
	Schübeler, Norbert	Stv.	Stellv. für Stve. Käser
	Frank, Elvira	Stve.	Stellv. für Stv. Winkler
SPD:	Quarz, Klaus	Ehrenstv.	Stellv. für Stv. Atris
	Rihm, Dieter	Stv.	
	Dr. Ritterbusch, Jörn	Stv.	**Vorsitzender**
UBV:	Benz, Walter	Stv.	Stellv. für Stv. Bleiholder
	Dr. Stülpner, Henrik	Stv.	
GRÜNE:	Winkenbach, Manfred	Ehrenstv.	
FDP:	Jünemann, Ralf	Stv.	

BERATENDE MITGLIEDER (§ 62 ABS. 4, S. 1 HGO):

Kempf, Bastian Stv. (CDU)

BERATENDE MITGLIEDER (§ 62 ABS. 4, S. 2 HGO):

Kempf, Ralf Stv. (WGV)

VOM MAGISTRAT:

Baaß, Matthias Bürgermeister

VON DER VERWALTUNG:

Hätscher, Marc	Kämmereiamt/Ausschussbetreuer
Klein, Volker	Hauptamt, Ordnungsamt
Schneider, Reiner	BVLA
Benz, Josef	Amt für Soziales und Standesamt
Ruth, Sabine	KuBuS

ALS SCHRIFTFÜHRER:

Haas, Philipp Amtmann

VON DER PRESSE:

Tageblatt
Südhessen Morgen

♦ - ♦ - ♦ - ♦ - ♦

Ausschussvorsitzender Dr. Jörn Ritterbusch eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gegen die Protokolle der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses (Wirtschaftsförderung) vom 07.03.2019 (Nr. 29/2019) und vom 04.04.2019 (Nr. 30/2019) wurden keine Einwände erhoben.

♦ - ♦ - ♦

T A G E S O R D N U N G :

1. Nachtragshaushaltsplan 2019
2. Finanzbericht zum 2. Halbjahr 2018
3. Neuaufnahme eines Darlehens aus der Kreditermächtigung 2018
4. Beteiligungsbericht der Stadt Viernheim gemäß § 123a HGO
5. Besetzung des Ortgerichts Viernheim; hier: Ernennungsvorschlag für ein Mitglied des Ortsgerichts
6. Verschiedenes

♦ - ♦ - ♦

1. Nachtragshaushaltsplan 2019

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 14.05.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Bürgermeister Baaß verwies auf die auf den Tischen ausliegende Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion inkl. eines Schreibens des Landkreises, die nach Absprache mit dem Stadtverordneten-Vorsteher bereits heute vorgelegt wird.

☞	Die Beantwortung der Anfrage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Errichtung einer Kindertagesstätte auf dem TiB-Gelände haben sich bei der näheren Prüfung des Standortes Widrigkeiten ergeben.

Auf Nachfrage von **Stv. Benz** erklärte der **Amtsleiter des Amtes für Soziales und Standesamt Benz**, dass unter einer Notgruppe eine befristete Zusatzgruppe zu verstehen sei. Auch für eine solche müssen Räumlichkeiten und Personal vorhanden sein. Man habe in jüngster Vergangenheit eine Notgruppe im Familienbildungswerk eingerichtet und damit keine guten Erfahrungen gemacht, da einige Umbauten notwendig waren und alle Auflagen, die eine reguläre Kindertagesstätte erfüllen müsse, ebenfalls erfüllt werden mussten.
Auf Rückfrage von **Stv. Schübeler** antwortete er, dass keine Räumlichkeiten, die für eine Notgruppe in Frage kommen würden, zur Verfügung stehen.

Ehrenstv. Ergler sagte, dass man sich einig sei, dass man eine zusätzliche Kindertagesstätte benötige – und dies möglichst schnell. Die Ausschussmitglieder haben die Verwaltung im März darum gebeten, weitere Standorte zu überprüfen. Bei dieser Prüfung sei der Standort TiB als einziger neben dem TSV-Platz positiv bewertet worden.

Hätte man von der Problematik der Gashochdruckleitung gewusst, hätte man den Standort sicher früher ausgeschlossen.

Bürgermeister Baaß verwies auf die Antwort zu Frage 1 der CDU-Anfrage:

Es handelt sich um eine stadtplanerische Einschätzung, die stets anhand neuer Erkenntnisse aktualisiert wird und der Verwaltung bereits in der Vergangenheit zum Überblick diente. Aufgrund der zum Standort TiB-Gelände darin angeführten grundlegenden Zukunftsüberlegungen hat die Verwaltung diesen Standort nicht empfohlen, sondern den TSV-Standort als einzigen benannt.
Es war bekannt, dass eine Gasleitung in diesem Bereich verläuft, die genaue Lage bzw. dass diese in diesem Fall zu einer Erschwernis möglicher Bebauung führt, nicht.

Stv. Dr. Stülpner wunderte sich, dass die Problematik der Gashochdruckleitung bei den Gesprächen mit dem Landkreis noch kein Thema waren.

Bürgermeister Baaß verwies auf die Antwort zu Frage 2 der CDU-Anfrage:

Das Standortdetail einer Gashochdruckleitung war bisher nicht Gegenstand der Gespräche mit dem Landkreis, da sich diese gegenwärtig noch auf der Ebene der grundsätzlichen Machbarkeit bewegen (vom Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft wurde eine Machbarkeitsbetrachtung beauftragt). Die Existenz der Leitung verhindert eine höhere bauliche Nutzung nicht und ist abschließend im Rahmen der Gesamtplanung und -kosten zu betrachten. Der geplante Hauptsammler wird am nördlichen oder südlichen Grundstücksrand verlaufen.

Stv. Rihm sagte, dass es entscheidend sei, möglichst schnell und kostengünstig eine Kindertagesstätte zu errichten. Es wäre gut gewesen, wenn man bereits früher von der Problematik des TiB-Geländes gewusst hätte. Allerdings müsse man festhalten, dass der Standort TiB erst sehr kurzfristig in der politischen Diskussion genannt wurde. Im Ausschuss war bislang nur der Standort Waldfriedhof im Gespräch gewesen. Da man auf dem TiB-Gelände nun weder schnell noch kostengünstig bauen könne, müsse man überlegen, ob man von der Standortentscheidung abweiche.

Stv. Jünemann sagte, dass der Nachtragshaushalt so nicht verabschiedungswürdig sei. Beim Standort TiB müsse man mit den Kosten für den Grundstückskauf mit Mehrkosten von rd. 1 Mio. € rechnen, beim Standort TSV mit 700.000 € + X wegen der Kompensation. Die FDP-Fraktion habe sich für den Standort Waldfriedhof ausgesprochen. Auch hierfür liegen keine belastbaren Zahlen vor. Hier könnte man bei einer besseren Ausnutzung des Grundstücks das Thema Wohnen aufgreifen. Auch sei die Möglichkeit zu prüfen, einen Investor mit ins Boot zu holen.

Bürgermeister Baaß erinnerte an die Informationen, die man zum Standort Waldfriedhof gegeben habe. Bei einer Planung mit Wohnungen und Beteiligung eines Investors würde man völlig aus der Zeitschiene geraten. Der Nachtragshaushalt sei auf den Standort TSV bezogen und dafür ausreichend. Von der Verwaltung wurde nie vorgeschlagen, die Kosten für einen Kunstrasenplatz aufzunehmen. Es reiche aus, dies in den Haushaltsplan 2020 oder später zu berücksichtigen. Man müsse dann zunächst die Gespräche mit dem Verein weiterführen, den genauen Bedarf feststellen und Zuschüsse prüfen.
Er habe entschieden, den Teilnahmewettbewerb zum Standort TiB nicht zu starten, da die Informationen zu zusätzlichen Kosten beim Beschluss am 11.04.2019 nicht bekannt waren. Hier müsse man zunächst genauer prüfen.

Stv. Dr. Stülpner sagte, dass ein Beschluss für den TSV-Platz automatisch die Errichtung des Kunstrasenplatzes nach sich ziehe. Dies habe SPD-Fraktionsvorsitzender

Schäfer am 11.04.2019 so gesagt. Man könne sich dies in den nächsten Jahren aber sicher nicht leisten.

Ehrenstv. Ergler sagte, dass die CDU ebenfalls gesagt habe, dass man dem Standort TSV nur zustimmen könne, wenn eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung für 2020 aufgenommen werde. Man könne dem Verein diesen Platz nicht wegnehmen und fordern, dass genauso viele Kinder weiterhin betreut werden. Vor der Beratungspause der Sitzung vom 11.04.2019 habe man die Information erhalten, dass die Gespräche mit dem Kreis schon vorangeschritten seien. Das große Problem am Standort TiB sei, dass man erst im kommenden Jahr beginnen könne. Diese Konsequenz war den Stadtverordneten nicht bekannt.

Stv. Rihm sagte, dass man nicht sagen könne, dass die Verwaltung nicht darauf hingewiesen habe, dass das TiB-Gelände problematisch sei. Man sei beim TSV-Standort nicht grundsätzlich gegen eine Kompensation, sehe sich aber nicht in der Lage, einen genauen Zeitpunkt und genaue Kosten zu benennen. Da das Ziel beim Standort TiB zeitlich nicht erreichbar schien und man die Kosten für eine Übergangslösung vermeiden wolle, habe man der Zusage einer Kompensation zugestimmt. Wenn man vom Land nicht besser finanziert werde, wie gefordert, wird man sich dies kaum leisten können.

Stv. Benz sagte, dass der Verein signalisiert habe, dass der Platz bisher nur sehr eingeschränkt genutzt werden könne. Man nehme dem Verein also nicht seinen gesamten Platz weg. Man sei finanziell, besonders durch das Thema Rathaus, gebunden. Ständig neue Prioritäten zu setzen sei genau der Grund, warum wichtige Themen wie die Sanierung des Rathauses ständig geschoben werden.

Stv. Ergler sagte, dass man mit den Verantwortlichen des Vereins gesprochen habe. Wenn der Platz wegfalle, könne eine größere Anzahl an Jugendlichen nicht mehr betreut werden. Es handle sich um eines von zwei Großspielfeldern, die ab einem gewissen Alter benötigt werden. Der Platz sei in seiner Nutzung nur montags eingeschränkt. Die CDU-Fraktion wolle niemanden gegeneinander ausspielen, auch wolle man keine Betreuungsplätze schaffen, in dem man an anderer Stelle welche abbaue.

Stv. Schübeler sagte, dass man am 11.04.2019 wahrscheinlich anders entschieden hätte, wenn man die Informationen zur Gashochdruckleitung gehabt hätte. Es bleibe wohl keine andere Wahl als der Standort TSV. Man sollte dem Verein signalisieren, dass man eine Kompensation schaffen wolle.

Stv. Jünemann fragte, wo man eine Containerlösung realisieren könne. Man müsse die Gesamtkosten inkl. Kompensation betrachten, da man diese laut Vereinsaussage nicht lange schieben könne, um den Spielbetrieb nicht zu unterbrechen.

Bürgermeister Baaß sagte, dass es bei einem Standort für eine Containerlösung ähnliche Anforderungen gebe wie für eine dauerhafte Lösung. Deshalb müsse man darauf hinarbeiten, eine Übergangslösung zur vermeiden.
Die Vereinsverantwortlichen stehen einer Kindertagesstätte offen gegenüber. Auch die Kirchengemeinde und das Bistum Mainz hätten Offenheit signalisiert. Eine Kompensation solle es geben, allerdings wurde nicht mitgeteilt, dass dies sofort geschehen müsse.
Ein politisches Zeichen und eine Selbstverpflichtung sei natürlich sinnvoll.

Auszug: Kämmereiamt, BVLA, Amt für Soziales und Standesamt, Bürgermeister

2. Finanzbericht zum 2. Halbjahr 2018

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 02.04.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Auszug: Kämmereiamt

3. Neuaufnahme eines Darlehens aus der Kreditermächtigung 2018

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 02.05.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Stellv. Kämmereiamtsleiter Hätscher wies darauf hin, dass der Tilgungssatz 3,36 % p.a. betrage.

Auf Nachfrage von **Stv. Schübeler** erklärte der **stellv. Kämmereiamtsleiter Hätscher**, dass Stv. Jünemann als Stellvertreter für den aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschiedenen Herrn Kammer im Zinsgremium fungiere. Man werde demnächst den Posten im Zinsgremium neu besetzen.

Ehrenstv. Winkenbach fragte, wofür dieser Kredit aufgenommen wurde.

Stellv. Kämmereiamtsleiter Hätscher und **Bürgermeister Baaß** erläuterten, dass es sich um Mittel für Investitionen aus dem Jahr 2018 handle. Seit einigen Jahren nehme man nicht mehr für jede Investition einzeln die Mittel auf, sondern nur noch das, was man auch benötige.

Auszug: Kämmereiamt

4. Beteiligungsbericht der Stadt Viernheim gemäß § 123a HGO

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 09.04.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Beschluss:

1. Die städtischen Gremien nehmen vom Beteiligungsbericht gemäß 123 a HGO Kenntnis.
2. In den Amtlichen Verkündungsblättern soll nach Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung auf die Möglichkeit der Einsichtnahme im Hauptamt für einen Zeitraum von 4 Wochen ab Bekanntmachung hingewiesen werden.
3. Der Bericht soll auch auf der Homepage der Stadt Viernheim veröffentlicht werden.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: Hauptamt, Kämmereiamt

Ehrenstv. Quarz verließ aufgrund Interessenwiderstreits den Sitzungsraum.

5. Besetzung des Ortgerichts Viernheim; hier: Ernennungsvorschlag für ein Mitglied des Ortsgerichts

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 18.04.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Es wird beschlossen Herrn Klaus Quarz für eine weitere Amtszeit zum Ortsgerichts-schöffen vorzuschlagen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 10 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: Haupt- und Rechtsamt

6. Verschiedenes

- **Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitions-programms "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2018 – 2020**

Bürgermeister Baaß erinnerte daran, dass man ursprünglich mitgeteilt bekam, dass man Fördermittel des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2018 – 2020 nicht mit Mitteln der Hessenkasse kombinieren könne. Daraufhin habe er den Sozialminister angeschrieben, der die Meinung geteilt habe, dass es sich dabei nicht um eine Doppelförderung handle. In den FAQ sei die Möglichkeit nun neu geregelt.

	Die entsprechende Informationsvorlage an den Magistrat ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Auszug: Kämmereiamt, BVLA, Amt für Soziales und Standesamt, Bürgermeister

- **Finanzierungssituation bei Betreuung und Bildung hier: Schreiben der Bürgermeister vom 5.3.2019; Antwortschreiben der Ministerien vom 13.5.2019 sowie Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung vom 11.4.2019**

Bürgermeister Baaß erinnerte an das Schreiben, welches er gemeinsam mit Bürger-meister Richter aus Bensheim an den Finanz- und den Sozialminister geschickt habe. Man habe nun eine Antwort erhalten, die nicht viel Hoffnung aufkommen lasse. Es werde in dem Schreiben darauf verwiesen, was bereits alles durch das Land gefördert werde.

	Die entsprechende Informationsvorlage an den Magistrat ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Auszug: Kämmereiamt, Amt für Soziales und Standesamt, Bürgermeister

- **Plakatierungssatzung**

Auf Rückfrage von **Stv. Kempf** antwortete **Bürgermeister Baaß,** dass eine Vorlage zum Thema Plakatierungssatzung derzeit vorbereitet werde.

Auszug: Ordnungsamt

- **Europawahl**

Stv. Dr. Stülpner erinnerte an die die Statements pro Europa von Bürgermeister Baaß und Stadtverordneten-Vorsteher Schübeler beim Neujahrsempfang und bat darum, bei der morgigen Stadtverordneten-Versammlung für die Europawahl zu werben.

Auszug: Bürgerbüro

<u>ENDE DER SITZUNG:</u> 20:00 Uhr

♦ - ♦ - ♦ - ♦ - ♦

DER VORSITZENDE:	**DER SCHRIFTFÜHRER:**
gez.: Dr. R i t t e r b u s c h	gez.: H a a s
Dr. Jörn Ritterbusch	Philipp Haas

F.d.R.d.A.

Amtmann

HuFA-Sitzung vom 23.05.2019 // Protokoll-Nr. 31/2019

♣ INHALTSVERZEICHNIS ♣

1. Nachtragshaushaltsplan 2019
2. Finanzbericht zum 2. Halbjahr 2018
3. Neuaufnahme eines Darlehens aus der Kreditermächtigung 2018
4. Beteiligungsbericht der Stadt Viernheim gemäß § 123a HGO
5. Besetzung des Ortgerichts Viernheim; hier: Ernennungsvorschlag für ein Mitglied des Ortsgerichts
6. Verschiedenes
    - Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2018 – 2020
    - Finanzierungssituation bei Betreuung und Bildung hier: Schreiben der Bürgermeister vom 5.3.2019; Antwortschreiben der Ministerien vom 13.5.2019 sowie Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung vom 11.4.2019
    - Plakatierungssatzung
    - Europawahl